

Rede

Kreistagssitzung, 14. Dezember 2022, Ettenkirch

TOP 2: Kreishaushalt 2023

Norbert Zeller, Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion

- es gilt das gesprochene Wort –

Demokratie bewahren, Armut bekämpfen, Lebensgrundlagen erhalten

Anrede,

Politik ist niemals Selbstzweck. Sie muss die Lebenslagen der Menschen verbessern. Das ist für die SPD Handlungsmaxime in einer **Wertegesellschaft, die Freiheit, Demokratie und Menschenrechte und den Erhalt unserer Lebensgrundlagen als oberstes Ziel hat.**

Das gilt nicht nur für den Bund oder das Land, das muss auch unser kommunales Handeln bestimmen.

Das alles beherrschende Thema ist der **Krieg Putins gegen die Ukraine**, gegen die Freiheit, gegen die Demokratie. Wir als Bodenseekreis sind vielfach davon betroffen. Wir haben die durch den Krieg ausgelöste Energiekrise zu bewältigen und eine steigende Zahl von Flüchtlingen unterzubringen. Von den 150.000 Flüchtlingen in Baden-Württemberg, kommen alleine 140.000 Menschen aus der Ukraine, mehr als 2015/16. Wer will es ihnen verdenken, wenn Frauen, Kinder, ältere Menschen ihr Land unfreiwillig verlassen, weil sie vom Tode bedroht sind, sei es durch Raketen oder bittere Kälte.

Würden wir an ihrer Stelle nicht auch so handeln, alles tun, um dem Tod zu entrinnen? Dies gilt auch für Flüchtlinge aus anderen Ländern. Mit Abscheu erleben wir, wie das iranische Regime Menschen hinrichten lässt, weil sie für die Freiheit, Meinungsfreiheit demonstrieren.

Viele Menschen und Organisationen kümmern sich selbstlos um die Geflüchteten. Aber wir können auch eine schwächelnde Solidarität

beobachten, die von rechtskonservativen und rechtsextremen Kräften schamlos ausgenutzt wird und diese Rechten sich lieber mit Querdenkern und Reichsbürger verbünden und alles tun, um unsere wehrhafte Demokratie auszuhebeln. Es wird ihnen aber nicht gelingen.

Natürlich ist es nicht erfreulich, wenn öffentliche Einrichtungen, oder die Sporthalle am Berufsschulzentrum in Friedrichshafen für die Unterbringung von Geflüchteten gebraucht werden. Doch diese Einschränkungen haben auch zu einer Hilfsbereitschaft von anderen Gemeinden geführt, um so den Schulsport oder Vereinssport in veränderter Form weiter führen zu können.

Viele Menschen haben Wohnraum für Geflüchtete zur Verfügung gestellt, Wohnraum, der ohnehin in unserer Region sehr knapp ist. Hier kann ich nur die Städte und Gemeinden auffordern, sich für ein Zweckentfremdungsverbot von Wohnraum einzusetzen. Das würde uns allen sehr helfen.

Pandemie, Energiekrise, Kriege sind für viele Menschen, die bei uns leben, eine zunehmende Belastung, mit der Folge **steigender Armut**. Und oftmals gibt es dazu eine Migrationsgeschichte. Die Ursachen sind vielschichtig. Sei es die lange dauernde Anerkennung von Qualifikationen, mangelnde Sprachkenntnisse oder Alphabetisierung. Vor allem sind es aber fehlende Deutschkenntnisse, die eine Aufnahme in die Erwerbstätigkeit verhindern, Arbeitskräfte, die wir dringend brauchen.

Deshalb begrüßt die SPD-Kreistagsfraktion die Anstrengungen der Volkshochschulen, diese Menschen zu fördern. Das gilt auch für die wertvolle Arbeit in unserem Jobcenter. Wir wissen, dass Armut ausgrenzt und Kinder ohne starke Unterstützung kaum eine stabile Chance haben, die Zukunft zu bewältigen.

An dieser Stelle wollen wir vor allem das überwältigende **ehrenamtliche Engagement** würdigen, sei es in Vereinen oder ganz privat.

Zu einem solchen Engagement zählen wir auch die **Tafeln** in unserem Landkreis, in Friedrichshafen, Überlingen, Tett nang, Markdorf und Meersburg. Wir vernehmen von den Ehrenamtlichen, dass die Zahl der Kunden angesichts der gestiegenen Energiekosten, und seit Beginn des russischen Angriffskriegs, um mehr als 50 Prozent gestiegen ist. Oftmals sind es die Behörden selbst, die Geflüchtete zur Tafel schicken. Inzwischen sind Tafeln dazu übergegangen, ihre Öffnungszeiten zu begrenzen, den Kunden nur noch eingeschränkte Einkäufe zu

ermöglichen oder einen Aufnahmestopp zu erlassen. Es fehlt an Lebensmitteln und Hygieneartikel, trotz zunehmender Spendenbereitschaft.

Dies hat die SPD-Kreistagsfraktion veranlasst, einen **Antrag auf Förderung von 15.000 Euro pro Tafel im Bodenseekreis** zu stellen. Wir bitten Sie sehr eindringlich unseren Antrag mitzutragen, denn die Tafeln brauchen diese einmalige Unterstützung, trotz mancher Spenden.

Und angesichts eines Haushalts von 410 Mio. Euro dürften die zusätzlichen Ausgaben von 75.000 Euro zu verkraften sein.

Weitere Anträge werden wir nicht stellen, weil wir anerkennen, dass unsere bisherigen Anträge von der Verwaltung oder dem Kreistag aufgegriffen wurden.

- Dazu zähle ich unseren Antrag „Ermittlung, Berücksichtigung und Darstellung des Finanzbedarfs der Gemeinden bei der Festsetzung der Kreisumlage“.

Die Kreisumlage bleibt bei 29 Prozent, sie sagt aber allerdings auch nur bedingt etwas aus, da bei gleichem Prozentsatz 2023 im Vergleich zum Vorjahr 8,2 Mio. Mehreinnahmen zu verzeichnen sind.

- Oder ich erinnere an unseren Antrag, zusätzliches Personal für nachhaltige Mobilität einzustellen.
- Und an das 365-Euro-Ticket, das jüngst sogar von der CDU-Kreistagsfraktion aufgegriffen wurde. Vielleicht erhöhen sich die Chancen, wenn der Antrag eben von der CDU kommt.
- Oder ich erinnere an unseren Antrag, ein Kreisjugendparlament einzurichten.
- Oder an den gemeinsamen Antrag der demokratischen Fraktionen, Kindertagesstätten mit Inklusionsgruppen einzurichten.

All diese Punkte wurden im vorliegenden Haushaltsentwurf aufgegriffen. Und darüber hinaus sind die für uns wichtigen Anliegen im Haushalt berücksichtigt. Dazu zählen wir beispielhaft

- die Stärkung des ÖPNV, bessere Busangebote
- die Förderung unserer Schulen. Hier gehen wir davon aus, dass die Planungen für den Schulbau der beruflichen Schulen in Überlingen in Abstimmung mit der Stadt ohne Zeitverzögerung vorangetrieben

werden, auf der Basis der von uns beschlossenen Schulentwicklungsplanung.

- Die Familienzentren
- Projekte zur Stärkung der Demokratie
- Jugendförderung, wobei wir anmahnen sich noch intensiver um benachteiligte Jugendliche zu kümmern, auch in Kooperation mit dem Staatlichen Schulamt in Markdorf.
- Oder die Digitalisierung der Verwaltung und Verwaltungsprozessen. Dazu gibt es ein neues Amt, das sehr effizient arbeitet.
- Straßenmeisterei in Markdorf
- Oder der große Bereich des Klimaschutzes oder der Klimawandelanpassung.

Denn auch für den Letzten dürfte inzwischen klar sein, dass der **Klimawandel**, der sich auch bei uns durch eine zunehmende Trockenheit, Dürre, Extremwettersituationen, äußert, angekommen ist und schnelles Handeln erfordert, sei es bei der Energieerzeugung, der Energieeinsparung, der Energieeffizienz, dem Ausbau der Verteilnetze.

Das **LoKlim-Projekt** – der Bodenseekreis beteiligt sich als einer von sechs Landkreisen als Modellregion - hat dazu eine Reihe von konkreten Vorschlägen entwickelt, die nun von der Verwaltung bewertet werden. Wir stimmen dem Ziel des Loklim-Projekts ausdrücklich zu, „die beteiligten Kommunen und Landkreise langfristig dazu zu befähigen, sich systematisch und effektiv mit den zum Teil noch unbekanntem sowie den bekannten Auswirkungen des Klimawandels auseinanderzusetzen und sich an diese anzupassen“. Auf die lange Bank schieben können wir die daraus folgenden Maßnahmen nicht.

Personal dazu haben wir bereits vorgesehen.

Über die weitere Entwicklung und Zukunft der **BOB** und der **Bodenseegürtelbahn** werden wir Anfang des nächsten Jahres sprechen.

- Für die SPD-Fraktion ist die Bodenseegürtelbahn das Herzstück im öffentlichen Verkehr. Deshalb müssen der Ausbau und die Elektrifizierung möglichst schnell kommen. Aber wir sind nicht bereit, Investitionen, die der Bund und das Land zu tätigen haben, zu

finanzieren. Dies gilt auch für die Leistungsphase 3 und 4. Das Land Baden-Württemberg soll sich ein Beispiel an Thüringen oder Schleswig-Holstein nehmen, die zu 100 Prozent die vom Bund nicht übernommenen Kosten tragen.

Ein nicht unerheblicher Teil der Investitionskosten von 27,8 Mio. Euro geht in den Straßenbau. Dazu stehen wir, allerdings mit einer Ausnahme. Die 4 Mio. Euro für die OUM sehen wir auch nach dem Bürgerentscheid als eine falsche Entscheidung an. Trotzdem stimmen wir dem Haushalt zu. Ob aber angesichts der Verzögerung des Baubeginns die 4 Mio. 2023 gebraucht werden, wird sich noch zeigen. Die Maßnahme aber selber, wird die Stadt Markdorf und den Kreis jeweils weit über 13 Mio. Euro kosten. 2,8 Mio. waren mal vorgesehen.

Wir konstatieren, dass die Verwaltung in enger Rückkopplung mit den Fraktionen einen akzeptablen Haushalt vorgelegt hat, allerdings mit einigen Unbekannten und **Risiken**.

Wir wissen nicht, in welcher Höhe der Tarifvertrag abgeschlossen wird. Die Vermutung liegt nahe, dass wir über die im Haushalt prognostizierten 3 Prozent liegen. Der RVBO rechnet in seinem Haushaltsplan mit 4,5 Prozent. Das wären schon mal über eine Million Mehrausgaben.

Wir wissen nicht, ob die Grunderwerbsteuer tatsächlich bei 23 Mio. liegt, nachdem es 2022 nur 18,2 Mio. waren.

Wir wissen nicht, wie hoch die Inflationsrate und die Zinsspirale sein werden.

Wir wissen nicht, wie sich die Zahl der Geflüchteten weiterentwickelt.

Und wir wissen nicht, welche weitere Auswirkungen Corona haben wird.

Im Haushalt 2023 nicht enthalten ist der **Landratsamt-Neubau**. Die 1.300 Beschäftigte warten auf eine klare Entscheidung, wie es weitergeht. Wir appellieren an die Stadt Friedrichshafen, die Planungen zum Bebauungsplan zügig zur Entscheidungsreife zu bringen.

Auch brauchen wir eine baldige Entscheidung über die Zukunft des Krankenhauses in Tett nang, wo wir als Landkreis noch eine kleine Rolle spielen. Wir sind zuversichtlich, hier eine tragfähige Lösung zu bekommen. Lange Zuwarten sollten wir aber nicht.

Zum Schluss möchte ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landratsamts recht herzlich danken, die sich größtenteils sehr engagiert für die Menschen und den Landkreis einsetzen. Uns ist bewusst, dass die Anforderungen und der Leistungsumfang steigen werden und es immer schwieriger wird, geeignetes Personal zu finden. Deshalb sind die Poolbildung und die Schaffung von sogenannten kw-Stellen ein kleiner Beitrag flexibel agieren zu können.

Herr Wölfe, es ist ihr letzter Haushaltsplan, den Sie dem Kreistag vorlegen. Die Würdigung Ihrer Arbeit wäre heute noch zu früh. Aber ich will die Prognose wagen, dass der Haushalt mit überwältigender Mehrheit angenommen wird. Das ist vor allem auch Ihr Verdienst.

Danken möchte ich auch der Kämmerei, allen voran Herrn Dillmann für seine unkomplizierte, offene und freundliche Art, und Herrn Hermanns, dem wir gute Besserung wünschen.

Stellvertretend für die Dezernenten möchte ich dem Ersten Landesbeamten für sein ruhiges und kluges Agieren danken. Sei es im Aufsichtsrat der Flughafen GmbH oder bei den erfolgreichen Verhandlungen der Standortsuche von Christoph 45, um nur zwei Beispiele zu nennen.

Mein Dank gilt auch den Mitgliedern der demokratischen Fraktionen im Kreistag für das konstruktive, ergebnisorientierte, demokratische Miteinander und ein respektvolles Streiten, als wichtiger Bestandteil eines demokratischen Staatswesens.